Ihr/e Gesprächspartner/in: Axel Grzeszkowiak

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, FV, BRB, 5, 9

Federführung: 5

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am: 15.11.11 Mü.

Anfrage

Datum: 15.11.2011

Drucksachen-Nr.: 11/0484

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung	06.03.2012	öffentlich /

Betreff

Betreuung von Schulkindern in der Primarstufe

Mit der CDU-Anfrage 11/0164 wurde auf einen steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen an den OGS in Sankt Augustin, der sich dem gesellschaftlichen Wandel entsprechen anpassen muss, hingewiesen. Mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung 11/0363 wird dieser der gesellschaftlichen Entwicklung geschuldete Versorgungsgrad an Betreuungsplätzen im „Strukturierten Ganzttag“ an OGS in Sankt Augustin von derzeit aktuell (Schuljahr 2011/2012) 41% auf bis zum Schuljahr 2014/2015 in Höhe von 61% festgelegt.

Da aber die Umsetzung des Beschlusses objektiv Zeit benötigt, könnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine bedarfsnachfragende Versorgungsquote an Betreuungsplätzen teilweise nicht gegeben sein. Um hier den betroffenen Familien beizustehen, damit deren beruflichen und familiären Planungen weiterhin umgesetzt werden können, ist die Suche nach Alternativlösungen für die Übergangszeit geboten, bis der o.g. Beschluss die Nachfragesituation entspannt.

Es sind dafür die vorhandenen finanziellen und infrastrukturellen Möglichkeiten im notwendigen Umfang zu identifizieren und im Rahmen einer Übergangslösung als Bedarfsdeckungsalternative der jeweiligen Grundschule den betroffenen Familien anzubieten.

Fragestellung:

1. Konnten alle Nachfragen von Schulkindern nach einem Betreuungsplatz in einer offenen Ganzttagsschule (OGS) oder im Rahmen einer Übermittagsbetreuung (ÜMI), die zum Schuljahr 2011/2012 in eine Schule in der Primarstufe eingeschult wurden, berücksichtigt werden?

2. An welchen Schulen der Primarstufe konnten in welcher Höhe nicht alle Nachfragen an eine Betreuungsmöglichkeit berücksichtigt werden? Bei der Antwort wird darum gebeten, die nicht gedeckten Bedarfe nach der jeweiligen Grundschule und nach der jeweiligen Betreuungsform aufzuschlüsseln.
3. Welche notlösenden Betreuungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung - bezogen auf die betroffenen Grundschulen -, um zeitnah den anstehenden Bedarf an Betreuung je Betreuungsform im Rahmen einer Übergangslösung für die akut betroffenen Schulkinder in der Primarstufe zu decken? Bei der Prüfung wird darum gebeten, auch kurzfristig – z.B. durch Anmietung – nutzbare Räumlichkeiten in der Umgebung der jeweils betroffenen Grundschulen in die Betrachtung einzubeziehen.
4. Welche Kosten würden die gefundenen Übergangslösungen für die jeweilige Betreuungsform an der jeweiligen Grundschule konkret verursachen?

Wir bitten die Anfrage auch schriftlich zu beantworten.

Axel Grzeszkowiak

Wilfried Heckeroth

Dr. Ernst-Joachim Büsse

Birgit Lüders